

Detail-Info EU-Schulden
zum Emissionsbrief 05-2010 vom 11.06.2010

Wie kulturelle und systemrelevante Verhaltensweisen einen ganzen Kontinent gefährden können

Will man abschätzen wollen, wie die Schuldenkrise auf unsere Europäische Wirtschaft wirkt und welche Folgen dies auf die CO₂-Emissionen und Zertifikatepreise haben wird, muss man die Entstehungsgeschichte, die derzeitigen Mechanismen sowie die unterschiedlichen Wege der Bekämpfung in Europa und den USA näher betrachten. Insbesondere muss man verstehen, dass es nicht nur um Schulden, sondern teilweise auch um kulturelle und systemische Unterschiede geht, die wahrscheinlich noch massive Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft der EU haben werden

Wie alles begann - Warum es Griechenland nicht schaffen wird und was daraus folgen wird

Die Eskalation über Betrugereien und Schulden zwischen Griechen einerseits und den Nordeuropäern - speziell den Deutschen - andererseits begann in den Medien schon Anfang November 2009. Ende Oktober hatte die neue griechische Regierung das bisher bekannte Staatsdefizit von 3,7% auf 12,7% korrigiert (heute bekannt: 13,6%).

Mehr oder weniger wohlgemeinte Ratschläge waren z. B., dass man ja alle griechischen Inseln verkaufen könnte, dass man die „Lügner vom Balkan“ aus der EU werfen müsste und dass die „Pleite-Griechen“ es sowieso nie schaffen würden.

Die Gegenseite konterte, dass Reparationszahlungen aus dem 2. Weltkrieg immer noch nicht beigetrieben seien, dass man hellenische Kunstschatze zurückfordern würde und dass (offensichtlich durch eine Umfrage belegt) zwei Drittel der Griechen den deutschen Touristen dieses Jahr ins Essen spucken werden.

Ein Erfahrungsbericht eines griechischen Regisseurs aus dem Jahre 2004 und die Reportage eines Spiegel-Redakteurs im April 2010 zeigen beispielhaft, wie schon damals im Land der Götter und Helden eine orientalische Lebensart, ein ausgeprägter Familiensinn, eine entartete Fördergelderbeschaffungsmentalität, ein korrupter Beamtenstaat sowie die allgegenwärtigen Fakelaki (Geldbriefumschlägchen) das tägliche Leben bestimmen.

Den Berichten entsprechend hat Athen unter allen europäischen Metropolen die höchste Dichte an Porsche Cayenne und gleichzeitig die kleinste Anzahl an Steuerzahler, die 100.000 Euro Einkommen melden. Stadtbekannte Prominentenärzte oder Amüsierclubbesitzer mit inoffiziellen Millionenumsätzen melden einen Jahresumsatz von unter 10.000 Euro an (offiziell anerkanntes Existenzminimum).

Ein Straßencafe in Spitzenlage erhält bei seiner jährlichen Betriebsprüfung einen Steuernachzahlungsbescheid von 100.000 Euro. Der Betriebsprüfer bekommt seinen Umschlag mit 10.000 Euro, reduziert sein Prüfergebnis auf weniger als 20.000 Euro und teilt den Inhalt des Umschlages mit seinem Vorgesetzten und mit seinem örtlichen Abgeordneten.

Beim Beschaffen von EU-Subventionen auf das Halten von möglichst vielen Schafen organisieren sich Schafbesitzer auf Kreta und treiben die Anzahl der Schafe durch das nächtliche, gegenseitige Verschieben von ganzen Herden auf das vier oder fünffache hoch. Der Prüfer, der jeden Tag einen Tierbestand eines anderen Besitzers prüft, wird also durch den organisierten Zusammenhalt ganzer Clans ausgetrickst.

Beim Bauen von Treibhäusern für Rosenzüchter werden gegen Fakelaki überhöhte Rechnungen über größere Treibhäuser ausgestellt, die EU-Subventionen fallen entsprechend höher aus.

Die Tochter eines Stahlarbeiters fällt mehrmals durch die Führerscheinprüfung, bevor der Vater versteht, dass der Fahrlehrer und der Prüfer ihr jeweiliges „Briefumschlägchen“ (Fakelaki) haben wollen, damit sie ihrerseits wieder in der Lage sind, andere zu schmieren.

Wenn man bei der Steuerhinterziehung gegen den Staat arbeitet, dann ist das genauso normal wie seine Geschenke anzunehmen. So lassen zum Beispiel die gesetzlichen Regelungen des Staates zum Rentensystem einen Nordeuropäer sehr staunen. Wenn ein Deutscher Pensionär im Schnitt 46% seines letzten Jahresverdienstes als Pension bekommt, so sind das in Griechenland 80%. Der volle Rentenanspruch entsteht in Deutschland nach 45 Jahren, in Griechenland schon nach 35 Jahren. Der Deutsche ist an 12 Rentenzahlungen im Jahr gewöhnt, der Grieche bekommt 14.

In Frühpension gegangene Beamte und sonstige auch noch aktive Staatsdiener blockieren mit einem Lebensalter von 50-60 Jahren und ihren Clanverbindungen alle offenen Arbeitsplätze und lassen den wenigen jungen und arbeitswilligen Menschen, die keine Briefumschlägchen packen können, keine Chance.

Den Staat zu betrügen und gleichzeitig alles von ihm zu nehmen ist seit vielen Jahren in einem Kreislauf ohne Ende zur ständigen Normalität geworden. Eine Mischung von kaum vorhandenen Gemeinsinn, Feindschaft gegen den Staat, Findigkeit, orientalische Lebensart, dreistes Verhalten und dem täglichen Überlebenskampf. Auf der Strecke bleiben die Effektivität, die Wettbewerbsfähigkeit und der Wille, sich den Gegebenheiten der Globalisierung zu stellen.

Die Dummen sind bis heute die, die sich diesem System verweigern; sie haben keine Chance.

Wenn alle Teile der Gesellschaft sich so seit mehreren Jahrzehnten verhalten, dann verhält sich der Einzelne eigentlich nicht kriminell, sondern nur systemkonform.

Jeder Insider der langjährigen Verhaltensweisen und Traditionen in diesem Lande kommt zu dem Ergebnis, dass eine radikale Wende in kürzerer oder mittlerer Zeit keine Chance hat. In Griechenland geht es nicht nur um das Umsetzen von Sparzielen oder um eine Erhöhung des Steueraufkommens, sondern um einen Bewusstseinswechsel eines ganzen Volkes.

Dass dies nicht in wenigen Jahren zu schaffen ist, hat erstmals Anfang Mai Josef Ackermann in der Sendung von Maybrit Illner kundgetan. Nach ersten Aufregungen über diese Äußerung, haben sich weitere Experten und auch Politiker dieser Meinung offen oder stillschweigend angeschlossen.

Das Griechische Desaster in Zahlen

Eine griechische Schuldenlast von 300 Milliarden Euro und ein Staatsdefizit von 13,6% hätten das Land ohne Hilfe der EU und des IWF um ein Haar in den Staatsbankrott getrieben.

Nach der Zusage von Krediten und Garantien Anfang Mai 2010 im Umfang von 110 Mrd. Euro der EU, musste sich Griechenland verpflichten, bis zum Jahre 2013 insgesamt 30 Mrd. Euro einzusparen. Dies kann eigentlich gar nicht gelingen. Alleine das Beispiel des Finanzbedarfes für das Jahr 2010 zeigt schon das sichere Scheitern aller zukünftigen Bemühungen.

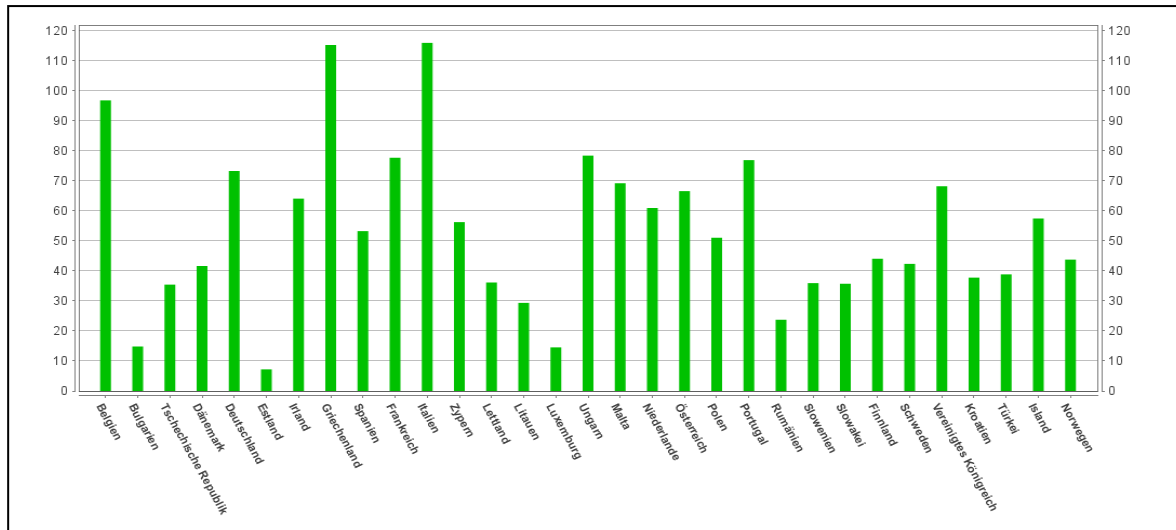
Das berechnete Staats-Defizit im Jahre 2010 beträgt 61,5 Mrd. Euro. Davon müssen 27,7 Mrd. Euro für die Schuldentilgung, 12,2 Mrd. für Zinsen und 21,6 Mrd. Euro für das jährliche Netto-Defizit des Haushaltes ausgegeben werden. Wenn also ohne Tilgung und Zinsen das jährliche Haushaltsdefizit immer noch 21,6 Mrd. Euro beträgt, dann entspricht das einer jährlichen Anhäufung von Schulden bis 2013 von insgesamt 86 Mrd. Euro. Dagegen stehen 30 Mrd. an gesamer zugesagter Einsparung bis dahin. Damit bleibt eine weitere, kumulierte Schuld von 56 Mrd. Euro, die auf die bisherigen 300 Mrd. oben drauf kommt.

Inzwischen sind sich fast alle Experten mehr oder weniger einig, dass eine Einsparung von 30 Mrd. Euro für die Griechen eine Hürde ist, die sie kaum nehmen werden können. Insofern kommt das Ende – der drohende Staatsbankrott – schon vor dem Jahre 2013. Und um diesen dann wiederum abzuwenden, die Inanspruchnahme des Rettungsschirmes der EU.

Aus einem Griechischen Problem wird plötzlich ein Europäisches Problem

Die griechische Mentalität ist in anderen, südeuropäischen Ländern der EU nicht in diesem Maße ausgeprägt. Dennoch gibt es in Spanien, Italien und Portugal ähnliche oder verwandte Strukturen und Denkweisen. Gefährlich ist diese Tatsache jedoch in Kombination mit größeren Volkswirtschaften und

absolut gesehen auch mit deutlich höheren Staatsschulden. Spanien und Portugal haben deswegen drastische Sparprogramme anlaufen lassen, Italien konnte sich (glücklicherweise?) bisher aus den Schulden-Schlagzeilen heraushalten, obwohl die Staatsverschuldungsquote (Staatsschulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) hier mit 115,1% mit weitem Abstand vor allen anderen EU-Ländern liegt - Griechenland mal ausgenommen.



Bruttoverschuldung der EU Staaten in % des Bruttoinlandsproduktes BIP, Quelle Eurostat

Das spanische Haushaltsdefizit soll von jetzt 11,2% auf 6% im Jahre 2011 sinken, um die kumulierten Staatsschulden von 560 Mrd. Euro nicht weiter steil anwachsen zu lassen. Das aber ist nur mit einem gnadenlosen Sparprogramm möglich, welches die Wirtschaft abwürgen wird.

Prompt wurde Spanien von einer Ratingagentur in seiner Bonität herabgestuft, was wiederum höhere Zinsen bei neu aufzunehmenden Staatsanleihen zur Folge hat, was dann wieder die Staatsschulden erhöhen wird.

Das jährliche Defizit von Portugal ist mit 9,3% des Bruttonettoproduktes kaum geringer als das von Spanien. Allerdings hat Portugal keine so im Verhältnis robuste Wirtschaft wie Spanien. Ein im April angekündigtes Sparprogramm, welches das Staatsdefizit bis 2013 auf unter 3% senken soll, ist nach Expertenmeinungen nahezu unrealistisch. Entsprechend haben sich sofort die Zuschläge auf Kreditausfallversicherungen für das Land spürbar erhöht. Ein Szenario, welches im Falle Griechenland genauso ablief, bevor der Staatsbankrott durch die Rettung der EU verhindert werden musste.

Nach einhelliger Meinung aller Finanzexperten kann eine italienische Staatsverschuldungsquote von 115% und eine spanische Staatsverschuldung von 53,2% – im Falle eines etwa zeitgleichen Staatsbankrotts - nicht mehr von der EU und dem IWF geschuldet werden. Es ergäbe sich eine Summe von mindestens 2.309 Mrd. Euro.

Übrigens auch an anderen Stellen in der EU - außerhalb der Eurozone - schlägt die Schuldenkrise zu: Die britische Regierung muss diese Jahr neue Schulden in Höhe von 163 Mrd. Pfund aufnehmen, damit steigt die Gesamtschuld auf fast 1.000 Mrd. Pfund (1.200 Mrd. Euro).

Seit dem 04.06.2010 kursieren Meldungen und Gerüchte, über einen nahe bevorstehenden Staatsbankrott von Ungarn. Diese Meldungen aus Teilen der Regierung heraus kommuniziert, haben die Märkte ein weiteres Mal geschockt und werden in den nächsten Tagen genauer zu untersuchen sein. Es ist zu erwarten, dass sich innerhalb kürzester Zeit die Ratingagenturen intensiver mit dem Land beschäftigen. Es sollte nicht wundern, wenn dies eine Entwicklung nimmt, die genauso schnell wie bei Griechenland zu einem Rettungspaket führen wird.